

Herbst 2020



DER FUCHS

Zeitschrift des CDU-Ortsverbandes Reinickendorf-West

MUSS DAS SEIN???



Emine

Demirbüken-Wegner



BÜRGERBÜRO

Scharnweberstr. 118, 13405 Berlin



Hallo Reinickendorf-West, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Stinkt es Sie –so wie mir – im wahrsten Sinne des Wortes an, wenn Sie über unsere Straßen gehen, Parkplätze überqueren oder in manche

Hinterhöfe gucken und dort Riesenhaufen illegaler oder unsachgemäßer Müllablagerungen sehen? In den letzten Monaten hat dies nach meinem Gefühl Ausmaße erreicht, die man kaum noch in Worte fassen kann. Wir haben schon häufig hier im „Fuchs“ berichtet, wo unsere Leser oder wir Müll gefunden haben und wie wir die Beseitigung zumindest beschleunigen konnten. Aber wenn ich mir bspw. die Seidelstraße am Waldstück oder den Woolworth-Parkplatz am Kurt-Schumacher-Platz anschau, dann platzt mir der Kragen! BSR und Ordnungsamt kommen den Müllmeldungen kaum hinterher. Auch viele Hausverwaltungen reagieren schnell, insbesondere die der städtischen Wohnungsgesellschaften. Manche private Hausverwaltung kann sich hier eine Scheibe von abschneiden. Wir haben das Thema in der Redaktion diskutiert und kamen zu dem Schluss: Machen wir unseren Unmut öffentlich! So kam es zu dem Titelbild der Ihnen vorliegenden „Fuchs“-Herbstausgabe 2020. Was sonst noch so in den letzten Monaten seit

Beginn der Sommerferien passierte, haben wir für Sie auswahlweise wieder zusammengestellt. Nicht alles Berichtenswertes kann sich in unserer Ausgabe wiederfinden. Aber wir haben zumindest vier weitere Seiten ‚rangeklemmt‘ und präsentieren Ihnen damit ein Viertel mehr Inhalt.

Anfang November werden wir vom TXL Abschied nehmen. Das wird in jedem von uns ganz widersprüchliche Reaktionen auslösen. Wie auch immer man dazu stehen mag: „Die Messe ist gesungen“ sagt der Volksmund dazu. Wir werden uns künftig wieder und wieder mit der Zukunft des Geländes TXL, also den Planungen zum sogenannten „Kurt-Schumacher-Quartier“ und zum Gewerbepark „Urban Tech Republic“ beschäftigen, so auch in dieser Ausgabe.

Die gesamte Redaktion des „Fuchs“ wünscht Ihnen für die anbrechende ‚Goldene Jahreszeit‘ Gesundheit, Freude und jede Menge persönlichen und beruflichen Erfolg! Uns lesen Sie dann neu mit der Winterausgabe zum Monatswechsel November/Dezember diesen Jahres.

Ihre

**Emine Demirbükten-Wegner, MdB
Fuchs-Chefredakteurin**

Impressum

Herausgeber:
CDU Reinickendorf-West
Oranienamm 10-6, Aufgang D
13469 Berlin
Telefon +49 (30) 496 12 46
Telefax +49 (30) 496 30 53

Auflage -21.500 Stück
Heft Einzelpreis -kostenlos-
Format -DIN A 5 hoch-

Redaktion:
Emine Demirbükten-Wegner

Mitarbeit (alphabetisch):
Christiane Bubert, Lisa Bubert

Sabrina Lessmann, Harald Muschner,
Heinz Schultze,
alle Fotos Quelle C. Bubert

Layout/Druck:
Wiesjahn Satz- und Druckservice

Kontakt zur CDU Reinickendorf-West im
Internet: www.reinickendorfwest.cdu-reinickendorf.de

Kontakt zur Wahlkreisabgeordneten
Emine Demirbükten-Wegner im Internet
www.emine-dw.de
E-Mail: buergerbuero.edw1@web.de



Sanierung Paracelsusbad – dafür brauchen wir 10 Mio € mehr

Riesige Baugerüste lassen auch den unauffälligen Passanten, Rad- oder Autofahrer am Paracelsusbad wissen: Hier wird gebaut. Der ursprüngliche Kostenrahmen für die notwendigen Sanierungsarbeiten des denkmalgeschützten Paracelsus-Bades mit der typischen Architektur der auslaufenden 1950er Jahre belief sich ursprünglich auf netto 7 Millionen Euro. Die Kostenschätzung nach Abschluss der Vorplanung lag dann bei 17 Millionen Euro. Zu den Ursachen für die Fehleinschätzung heißt es seitens der Berliner Bäderbetriebe (BBB), dass der Ursprungswert auf Kennwerten ähnlicher Baumaßnahmen beruhte. Eine detaillierte Planungsbetrachtung erfolgte erst später und wurden dann nach der Beauftragung der Planer im Zuge der Vorplanung aufgezeigt und kostenmäßig detailliert bewertet. So wurde ersichtlich, dass der Zustand des Bades und der Anlagen schlechter als angenommen und ein größerer Maßnahmenumfang notwendig ist. Das Paracelsus-Bad wurde in den Jahren 1957 bis 1960 errichtet. Eine vollständige Sanierung des Gebäudes ist seitdem nicht erfolgt, lediglich partielle Reparaturen und Teilsanierungen einzelner Bereiche wurden durchgeführt. Nun fragt sich nicht nur der Berliner Steuerzahler, wofür die rd. 10 Mio. Euro Mehrkosten im einzelnen verwendet werden. Der stv. CDU-BVV-Fraktionschef und Wittenauer Bezirksverordnete Björn Wohlerlert begann zu recherchieren und zusammen mit den Reinickendorfer Abgeordneten Emine Demirbükten-Wegner (Wahlkreisabgeordnete) und Stephan Schmidt (Mitglied im finanzierenden Hauptausschuss) nahmen die drei die Meldungen über diese immense Kostenerhöhung zum Anlaß, den Senat in einer Schriftlichen Anfrage um Stellungnahme zu bitten (Drucksache 18/24388). Nun liegt die Antwort vor.

Laut BBB wurden die Voruntersuchungen erst im Rahmen der Grundlagenermittlung/Vorplanung durchgeführt, mithin nach Fest-



legung des Kostenrahmens. Die Voruntersuchungen hatten folgende Ergebnisse:

- Lüftungsanlage: Die Lüftungsanlagen sind so veraltet, dass sie komplett erneuert werden müssen. Zudem ist die Leitungsführung komplizierter als angenommen.
- Anlagen für Trink- und Abwasser: Der ursprünglich vorgesehene Erhalt eines Großteils der Anlagen ist nicht möglich. Die Anlagen müssen komplett erneuert werden.
- Heizungsanlage: Der ursprünglich vorgesehene Erhalt eines Großteils der Anlage ist nicht möglich. Die Heizungsanlage muss komplett erneuert werden.
- Vorhandene Betonteile: Der tatsächliche Zustand der vorhandenen Betonteile ist nach Freilegung wesentlich schlechter bzw. sind diese stärker geschädigt als angenommen.
- Schadstoffe: Die schadstoffhaltigen Bauteile wurden durch einen Schadstoffgutachter beprobt und die zu erwartenden Schadstoffsanierungskosten ermittelt.
- Treppenhaus: In den 1990er Jahren wurde dem Bezirk Reinickendorf eine Baugenehmigung erteilt, nach der die Erstellung des notwendigen Fluchttreppenhauses erfolgen musste. Dieser Umstand wurde von den BBB erst im Zuge der Vorplanung durch die Brandschutzplaner im Bauarchiv festgestellt und entsprechend in der neuen Projektplanung aufgenommen.



Studie untersucht Potenziale für Schumacher Quartier auf dem Gelände des Flughafens Berlin-Tegel

Sobald der Flughafen Tegel schließt, wird am Kurt-Schumacher-Platz ein neues Stadtquartier mit über 5.000 Wohnungen für mehr als 10.000 Menschen entstehen. Experten des Fraunhofer IPK untersuchen dafür, wie urbane Architektur in Holzbauweise mit Hilfe von Industrie-4.0-Technologien in dieser Größenordnung gelingen kann. Damit wollen sie den Anstoß für eine ökologische Serienproduktion von bezahlbarem und nachhaltigem Wohnungsbau in der gesamten Region Berlin-Brandenburg geben.

Am 8. November 2020 wird der Flughafen Tegel seinen Betrieb einstellen. Für die Nutzung des ehemaligen Flughafengeländes ist dann neben einem Industrie- und Forschungspark das „Schumacher Quartier“ mit Wohnungen, Bildungseinrichtungen, Geschäften, Dienstleistungen und Cafés geplant. Wissenschaftler der TU Berlin und des Fraunhofer IPK prüfen jetzt gemeinsam im Rahmen einer Potenzialanalyse, wie das neue Stadtquartier umweltfreundlich und klimaneutral realisiert werden kann. „Wir sind überzeugt, dass Treibhausgasemissionen in Ballungsräumen durch Wohnviertel in Holzbauweise nachhaltig reduziert werden können“, sagt Prof. Raoul Bunschoten, Leiter des Fachgebiets CHORA conscious city – Städtebau und nachhaltige Stadtentwicklung an der Technischen Universität Berlin. Holz als nachwachsender Rohstoff spielt bereits eine wichtige Rolle für den Klima- und Ressourcenschutz im Bauwesen – allerdings eher im kleineren Maßstab von Ein- und Zweifamilienhäusern. Bei deren Bau entstehen im Vergleich zu herkömmlichen Materialien zwischen 35 und 56 Prozent weniger Treibhausgasemissionen, wie eine Studie der Ruhr-Universität Bochum belegt. Diesen Effekt möchten die Forscher von TU Berlin und Fraunhofer IPK auch im größeren städtebaulichen Maßstab nutzen

und erforschen deshalb, wie Industrie 4.0 helfen kann, den Holzbau auf urbane Maßstäbe zu skalieren. Ziel ihrer Studie ist es, Handlungsempfehlungen für Planer, Architekten, Bauunternehmen und Bauherren für eine nachhaltige Umsetzung des Schumacher Quartiers zu geben.

„Dazu untersuchen wir, welche digitalen Technologien zu einer vernetzten intelligenten Produktion von Holzhäusern beitragen können“, so Prof. Dr.-Ing. Holger Kohl, stellvertretender Institutsleiter und Leiter des Geschäftsfeldes Unternehmensmanagement am Fraunhofer IPK. Kohl, der auch das Fachgebiet Nachhaltige Unternehmensentwicklung an der TU Berlin leitet, recherchiert dafür mit seinem Team, wie die regionale Holzbauindustrie im Hinblick auf Industrie 4.0 aufgestellt ist, identifiziert neue Fertigungsmethoden und entwickelt eine automatisierte Produktionslinie für den Serienholzbau. Dabei verfolgen die Forscher einen ganzheitlichen Ansatz und binden Akteure aus Waldwirtschaft, Produktion, Logistik, Montage, Wohnungsbau und Stadtplanung ein. „Gemeinsam mit diesen Experten, Stakeholdern aus Fachverbänden und der öffentlichen Hand sowie Banken und Investoren wollen wir perspektivisch eine zirkuläre und ganzheitliche Wertschöpfungskette für den urbanen Holzbau etablieren“, so Professor Kohl. Auf dieser Basis ließen sich dann auch Potenziale für neue Produkte, Technologien und Dienstleistungen in den Bereichen Automatisierung und Kommunikationstechnik ableiten und mögliche Barrieren für deren Anwendung im Holzhausbau ausräumen. Für die Holzindustrie und Bauwirtschaft bedeuten neue Geschäfts- und Wertschöpfungsmodelle eine Stärkung der eigenen Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit im digitalen Wandel, ist sich Kohl sicher. Das neue Schumacher Quartier



soll das als Modellprojekt für ein klimaneutrales Stadtquartier in Holzbauweise ein-drucksvoll belegen.

Die Potenzialanalyse „Bauhütte 4.0 – Berlin TXL“ wird im Rahmen des Kulturprojekts „Bauhütte 4.0“ durchgeführt und von der Tegel Projekt GmbH gefördert. „Bauhütte 4.0“ ist eine Initiative der TU Berlin in Kooperation mit dem Fraunhofer IPK und der

Tegel Projekt GmbH und entwickelt neue Strategien der Anwendung von Holz in der Baubranche, als Ressource vom Rohstoff bis hin zum Stadtraum. Weitere Informationen: www.bauhuette40.com

(Quelle: Claudia Engel -Presse- und Öffentlichkeitsarbeit- Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik IPK)

Flughafen Tegel nach Schließung nicht gleich bebaubar

Nach der im November geplanten Schließung des Berliner Flughafens Tegel (TXL) steht das Gelände noch nicht für zukünftige Projekte zur Verfügung. Dies bestätigt eine Meldung der Deutschen Presseagentur (DPA) zum Ende der letzten Sommerferienwoche in Berlin.

Auf dem Gelände des TXL soll künftig ein neues Stadtquartier und ein Forschungs- und Industriepark entstehen. Sechs Monate lang muss der 1948 eröffnete Flughafen im Nordwesten Berlins nach Angaben der Tegel Projekt GmbH aber noch betriebsbereit gehalten werden. „Hinzu kommen bis zu drei Monate, in denen die Flughafengesellschaft sicherheitskritische Anlagen zurückbauen kann“, sagte der Geschäftsführer des landeseigenen Unternehmens, Prof. Philipp Bouteiller. „Wann genau das abgeschlossen sein wird, wissen wir noch nicht. Deswegen reden wir von Mai bis August 2021 als Übernahmzeitraum.“

Noch im selben Jahr sollen erste vorbereitende Arbeiten beginnen, 2023 die ersten Hochbauarbeiten. Das landeseigene Unternehmen hat den Auftrag, das neue Schumacher-Quartier mit mindestens 5000 Wohnungen und Platz für 10 000 Menschen und den benachbarten Forschungs- und Industriepark zu entwickeln. „Die Corona-Krise hat auf uns keine Auswirkungen. Für uns hat sich nichts verschoben“, sagte Bouteiller. „Mit den ersten Bewohnern im Schumacher Quartier rechnen wir für 2026. Das hängt davon ab,

wie schnell die Wohnungsbaugesellschaften mit dem ersten Bauabschnitt fertig werden.“ Das gesamte Projekt ist auf einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren angelegt.

Der Flughafen Tegel soll am 8. November geschlossen werden, kurz nach der jahrelang verschobenen und nun für den 31. Oktober geplanten Eröffnung des neuen Hauptstadtflughafens BER.





Warum müllen wir uns zu?

Flaschen auf der Straße, Hundekot auf dem Bürgersteig, alte Möbel und Matratzen auf Parkplätzen, Schränke und Couchen auf dem Gehweg: Das Thema Müll erregt in Reinickendorf-West – und nicht nur da – immer wieder die Gemüter. Auch das Bürgerbüro der Wahlkreisabgeordneten Emine Demirbüken-Wegner wird mit zunehmender Tendenz von den Bürgerinnen und Bürgern darauf angesprochen, dass immer mehr Menschen in ihrer

unmittelbaren Umgebung Abfall unachtsam „entsorgen“. Für viele Bewohnerinnen und Bewohner ist das eines der drängendsten Probleme des Ortsteiles. Schließlich stellt Sauberkeit für den überwiegenden Teil der Bevölkerung einen wesentlichen Aspekt der Lebensqualität dar.

Das Wegwerfen bzw. Abstellen von Abfällen, Hausrat und die wilde Ablagerei von teilweise gefährlichen Baustoffen bezeichnet man in Fachkreisen als Littering. „Littering schadet dem Image bestimmter Stadtteile, die besonders stark betroffen sind“, stellt eine Studie der Humboldt-Universität fest. „Was nützt mir ein wie hoch auch immer qualifizierendes Quartiersmanagement, wenn neben dem neu angelegten Blumenbeet eine Couch und eine zerbrochene Garderobe abgestellt wurden?“ beschreibt Demirbüken-Wegner den Widerspruch im Ortsbild. „Die Vermüllung befördert so die zunehmende soziale und sozioökonomische Aufteilung in „gute“ und „schlechte“ Wohnviertel. An der Humboldt-Universität wurde 2014/15 vom Institut für Psychologie und vom Lehrstuhl für Kognitive Psychologie eine Projektstudie zum Thema Littering ins Leben gerufen,





die sich über mehrere Jahre erstreckte und die als Drittmittelprojekt von der Humboldt-Innovation GmbH unterstützt wurde. Insgesamt wurden rund 3800 Probanden zur Wahrnehmung und Bewertung von Sauberkeit in Großstädten befragt.

An bspw. zu wenigen Mülleimern in der Stadtlandschaft kann das Problem nicht liegen – so lautet zumindest ein Ergebnis der Studie. In 79 Prozent der beobachteten Littering-Fälle befand sich ein Abfallbehälter in einer maximalen Entfernung von 50 Metern. Trotzdem wurde der Abfall in der Umgebung entsorgt. Dass dennoch immer wieder argumentiert wird, es würden z.B. Abfalleimer fehlen, klassifiziert die HU-Studie daher als eine „Rechtfertigungsstrategie von Litterern“. In 70,2 Prozent der beobachteten Fälle warfen Raucher Zigarettenstummel auf den Boden. Jüngere neigen eher zum Littern: Der Anteil Jugendlicher (bis 20 Jahre) und junger Erwachsener (bis 30 Jahre) unter den Verursachern lag bei 64,3 Prozent. Die Orte, an denen Abfall unachtsam entsorgt wird, variieren. Menschen littern zu 51,9 Prozent an öffentlichen Plätzen und Strassen, zu 18,6 Prozent an Haltestellen. Etwa gleich große Prozentsätze betreffen Gehwege, Grünanlagen und Privatflächen. Die Nähe des BSR-

Recyclinghofes in der Lengeder Strasse oder das neue Angebot der BSR mittels des Recyclingkaufhauses „Noch-Mall“ in der Auguste-Viktoria-Allée vermögen manche Menschen auch nicht zu bewegen, eine ordentliche Entsorgung vorzunehmen. Demirbüken-Wegner hält es für wichtig, die Bevölkerung für die städtische Sauberkeit zu sensibilisieren. Dies könne etwa durch Plakatkampagnen oder Patenschaften geschehen. „Menschen müssen aktiv mit eingebunden werden, um das Stadtbild zu verbessern“, sagt die Abgeordnete. „Sauberkeit geht uns alle an, die Verantwortung liegt nicht allein bei der BSR oder dem Bezirksamt. Hausverwaltungen sind genauso gefragt, wenn auf den Höfen und in den Vorgärten ihrer Immobilien der Haus- oder Sperrmüll wochen- oder monatelang herumliegt.“ Das Thema sei umso wichtiger, weil Littering erhebliche Kosten verursache. Es bringt auch gesundheitliche Gefahren: Verletzungen durch Glasscherben etwa oder durch herumliegende Spritzen sowie Schädlingsbefall wie Rattenplagen. Demirbüken-Wegner und ihre Mitarbeiter im Bürgerbüro hoffen, dass eine Sensibilisierung für das Thema Littering sich auf spätere Generationen auswirkt: Auf dass Reinickendorf-West in Zukunft sauberer wird!





Mark-Twain-Grundschule jetzt in die von Uschi Glas initiierte Stiftung „brotzeit e.V.“ aufgenommen

In den Sommerferien konnte die Schulleiterin der Mark-Twain-Grundschule, Christine Paetzel, die erfreuliche Information geben, dass die Schule nach mehrmaliger Bewerbung in die von der Schauspielerin Uschi Glas mitbegründete Stiftung „brotZeit e.V.“ aufgenommen worden ist.

brotZeit e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der deutschlandweit bedürftige Kinder an Grund- und Förderschulen mit Frühstück versorgt. In den Freistunden und nach Schulschluss betreut der Verein die Schüler zudem bei der Freizeitbeschäftigung. 2009 hatte die Schauspielerin Uschi Glas den Verein gemeinsam mit ihrem Ehemann, dem Unternehmensberater Dieter Hermann, und dem Münchner Rechtsanwalt Harald Mosler sowie weiteren Personen gegründet. Glas, Hermann und Mosler bilden den Vorstand der Stiftung, die umgangssprachlich als „Uschi Glas Stiftung“

vielfach genannt wird. Zunächst agierte der Verein auf rein privater Basis. 2013 übernahm die CSU-geführte Staatsregierung in Bayern die Idee der Stiftung und fing an, gemeinsam mit dem Verein ein betreutes Frühstücksangebot an Grund- und Förderschulen einzurichten. Die Aktivitäten des Vereins haben sich mittlerweile bundesweit ausgedehnt. In den Förderregionen Berlin, Braunschweig, Dresden, Frankfurt am Main, Hamburg, Heilbronn, Leipzig, München, Mittelfranken und Rhein-Ruhr ist der Verein aktiv. Er konzentriert sich auf die Projekte „Brot geben“ und „Zeit geben“. Dieser Gründungsgedanke der Stiftung/des Vereins war dann auch Namensgeber. brotZeit e.V. hat sich auch zum Ziel gesetzt, Kinderbetreuung mit aktiver Seniorenförderung zu verbinden. Senioren sind für die Betreuung der Kinder beim Frühstück und danach zuständig.





Senat offenbart merkwürdiges Demokratieverständnis: Bleibt Bürgerpetition „Kein Offener Vollzug an der JVA Tegel“ ohne Konsequenzen?

Im Winter 2019/20 sprachen sich Anwohnerinnen und Anwohner im Umfeld der JVA Tegel gegen die Pläne des Senats aus, die offene Unterbringung von sicherungswahrgewahrten Sexualstraftätern am Rande der Siedlung ‚Waldidyll‘ einzurichten. Der Senat hielt stur an seinen Plänen fest. Schließlich starteten die Anwohner eine Online-Petition. Die von den **Abgeordneten Emine Demirbük-Wegner** und **Stephan Schmidt** unterstützte Aktion der Bürgerinnen und Bürger gegen diese Pläne hatte bereits eine Woche vor Fristablauf Anfang Februar 2020 die ‚magische‘ Erfolgsgrenze von 5000 Zeichnern überschritten. Beide Abgeordneten hatten in verschiedenen Aktionen Unterschriften gesammelt und konnten schließlich dem Initiator **Marian Dix** in zwei Übergaben mehr ca. 1000 zusätzliche Unterschriften dokumentieren. Zum Ende der Zeichnungsfrist am 02.02. hatten 5350 Bürgerinnen und Bürger sich eingetragen. Die Petition wurde an den Senat und das Abgeordnetenhaus von Berlin übergeben. Die Beratungen dazu dauern an. Dass dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist, scheint den rot-rot-grünen Senat nicht zu interessieren. Unmittelbar nach Pfingsten erreichten Schreiben der von Justizsenator Dr. Behrendt beauftragten senatseigenen BIM (Berliner-Immobilien-Management GmbH) die Anwohner. Darin werden erste Baumaßnahmen angekündigt und die angrenzenden Bewohner aufgefordert, bestimmte Flächen zu räumen. Der **Regierende Bürgermeister Müller** hatte noch im Juli 2019 in seinem Bericht zur Bürgerbeteiligung wörtlich gesagt: „Der Bericht zeigt, dass Senat und Bezirke die **aktive Mitwirkung der Bürger**

und Bürgerinnen an der Entwicklung und Ausgestaltung ihres Umfelds und unserer wachsenden Stadt sehr wichtig ist. Bürgerbeteiligung in Berlin reicht von Vorhaben zur Stadtgestaltung, zur Entwicklung von Grünflächen und Kinderspielplätzen über den Bereich der Bau- und Verkehrsplanung und Maßnahmen der Gleichstellung bis hin zu bezirklichen Kiezkassen und Bürgerhaushalten. Der Senat wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Berlinerinnen und Berliner viele Möglichkeiten haben, wirksam an der Gestaltung der Zukunft ihrer Nachbarschaften und unserer ganzen Stadt mitzuwirken.“ (https://www.move-online.de/meldung_32060_Ma%C3%9Fnahmen+der+B%C3%BCrgerbeteiligung+.html)

Demirbük-Wegner und Schmidt: „Der Senat offenbart ein merkwürdiges Demokratieverständnis! Mit großem Getöse verkündete Rot-Rot-Grün am Beginn ihrer Regierungszeit, die Berlinerinnen und Berliner viel aktiver und meinungsgewichtiger in politische Prozesse einzubinden. Der tatsächliche Umgang mit der Bürger-Petition zur JVA Tegel zeigt, dass bei diesem Senat zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine Riesenlücke ist. Der Senat läßt hier Anstand und Sitte im Umgang mit Bürgerpetitionen vermissen. Dies ist ein grober Akt der Unhöflichkeit gegenüber der Bürgerschaft und eine Mißachtung des Parlaments. So kann man mit den Menschen nicht umgehen! Wir fordern den Senat auf, zumindest das parlamentarische Verfahren zur Petition abzuwarten, seine Entscheidung dann zu überprüfen und vor welchen Maßnahmenschritt auch immer die Bürgerinnen und Bürger zu informieren.“



... und es werde Licht??? –

Quäkerstraße bekommt neue LED-Leuchten in 2021

Man glaubt es nicht... seit 2017 dauern die Bemühungen an, in der Quäkerstraße die Beleuchtungssituation zu verbessern. Als Mitte/Ende der 1960er Jahre die damalige ‚Neue-Heimat‘-Gewerkschaftssiedlung erbaut wurde, fand die öffentliche Beleuchtung nur auf einer Straßenseite statt. Was damals als ausreichend empfunden wurde, ist in der heutigen Zeit nicht nur nach Einschätzung der dort wohnenden Bürgerinnen und Bürger für rund die Hälfte eines Jahres eine Zumutung. Die städtische GEWOBAG hat in den letzten knapp 10 Jahren sehr viel in die Sanierung der

Wohnungen und Gebäude investiert. Zudem wurde das Wohnangebot für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger qualitativ deutlich verbessert. Das Seniorenhaus „WohnAktiv“ ist beispielhaft für ein solches Modell altersgerechten Wohnens. Aber nicht nur der ältere Teil der Bevölkerung profitiert. Auch für die Kinder und Jugendlichen entstanden neue Freizeitangebote, die „Klixarena“ sei hier an erster Stelle genannt. Die im Foxweg ansässige ‚Reineke-Fuchs-Grundschule‘ verzeichnet Jahr für Jahr steigende Schüleranmeldungen. Es sind also mehr Menschen draußen unterwegs. Jedem aufmerksamen Betrachter ist dabei klar, dass für die ‚Sichtbarkeit von Mensch und Straße‘ in der Dämmerung und im Dunkel mehr getan werden muß. Die Wahlkreisabgeordnete Emine Demirbüken-Wegner begann kurz nach ihrer Wiederwahl 2016, Bezirk, Land und Beleuchtungsträger zu ‚bearbeiten‘. Im Ergebnis sagte nach mehreren Zwischenanträgen die zuständige Senatsverwaltung für Verkehr, Umwelt und Klimaschutz (SenUVK) im September 2019 eine entsprechende Investition in LED-Leuchten für 2020 zu. Nun erhielt Demirbüken-Wegner von SenUVK-Staatssekretär Streese die Mitteilung, dass ‚corona-bedingt‘ erst im zweiten Quartal 2021 mit der Realisierung zu rechnen ist. „Um das zu beurteilen, schlagen zwei Herzen in meiner Brust. Einerseits hat mir Herr Streese sehr plausibel erklärt, warum es zur weiteren Verzögerung kommt. Ich bin ihm für sein Engagement hier auch sehr dankbar. Andererseits haben wir eine weitere ‚dunkle Jahreszeit‘ vor uns, in der die Menschen im Kiez sich auf der Straße am frühen Morgen, abends sowie nachts nicht wohlfühlen werden. Deshalb nehme ich irgendwie resignierend zur Kenntnis, dass dieser Senat vier Jahre und vier Anläufe braucht, um auf Bürgerwünsche zu reagieren.“ kommentiert Demirbüken-Wegner die Entscheidung zur neuen Zeitachse.





Reinickendorfs Straßenunterhaltung in Berlin „ganz weit oben“!

Der Bezirk Reinickendorf ist in der Straßenunterhaltung und im Straßenausbau in Berlin -wie die ehemalige Bezirksbürgermeisterin Marlies Wanjura es einmal formulieren ließ- „Ganz weit oben!“. Dies geht aus den nun veröffentlichten Zahlen der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz hervor. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Gräff, hat die Zahlen berlinweit ermitteln lassen (Drucksache 18/23415).

Diese bedeuten für den Bezirk im einzelnen:

- Im Bereich der ‚normalen‘ Straßenunterhaltung konnte Reinickendorf seinen Haushaltsbetrag von 2019 auf 2020 um weitere 14 % oder 350.000 € auf nunmehr 2.876.000 € steigern.
- Aus dem zusätzlichen Sonderprogramm des Landes Berlin kommen in 2020 weitere 2.888.000 € für Reinickendorfs Straßen hinzu.
- Der Straßenneubau in Reinickendorf ist im Jahr 2020 mit einem Betrag in Höhe von knapp 4,7 Mio. € gut ausgestattet.
- In die Fahrbahnen wird Reinickendorf in 2020 ca. 2,36 Mio €, in die Gehwege 530.000 € und für Bordsteinabsenkungen nochmals 150.000 € investieren.
- Bei der aktuellen Inanspruchnahme der zur Verfügung stehenden Mittel ist Reinickendorf in Berlin auf Platz 1! Per 30.04.2020 wurden bereits 566.500 € verbaut. Hinter Reinickendorf belegen der Bezirk Pankow mit rd. 70.000 € und Tempelhof-Schöneberg mit knapp 260.000 € weniger Ausgaben die anschließenden Plätze 2 und 3.

„Es zeigt sich, dass der Bezirk Reinickendorf sehr viel in die Substanzerhaltung seines Straßennetzes investiert. Bezirksbürgermeister Frank Balzer als ‚Haushälter‘ und unsere Bau-Stadträtin Katrin Schultze-Berndt als ‚Bauherrin‘ setzen damit konsequent die For-

derungen der Bürgerinnen und Bürger um. Reinickendorf ist ein Bezirk, der von einem hohen Maß vom Pendlerverkehr durchfahren wird. Diese verkehrliche Infrastruktur bedarf besonderer Aufmerksamkeit. „Das sehen wir tagtäglich in meinem Wahlkreis Reinickendorf-West, der einer besonderen Verkehrsbelastung ausgesetzt ist. Es freut mich, dass das Bezirksamt hier ein verlässlicher Partner und streitbarer Kontrahent gegenüber dem Senat ist, wenn es um den Erhalt und die Steigerung der notwendigen Gelder geht.“ kommentiert die Abgeordnete Emine Demirbüken-Wegner die jüngsten Zahlen.





BVG-Busse: besser Durchkommen in der Humboldtstraße

Manch einer hat sich gewundert. In der Humboldtstraße sind weitere Straßenränder mit einem „Absoluten Halteverbot“ versehen worden. Der Grund ist ziemlich einfach zu nennen: die BVG-Busse mussten auf ihrer Fahrtroute zunehmend in die verbliebenen „Parklücken“ hineinspringen. Dies führte zu Verzögerungen, der Fahrplan war im Großen und Ganzen nicht mehr einzuhalten. Also setzten sich das Bezirksamt, die Polizei, die zuständige Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz mit Verkehrsplannern zusammen und überlegten.

Im Rahmen der Verkehrsschau in der Humboldtstraße im Juni 2020 kamen alle Entscheidungsträger einhellig zu dem Entschluss, hier zu handeln. „Die Humboldtstraße ist mit einer Nettofahrbahnbreite von 7,00 m für die Kombination ÖPNV und Stellflächen für PKW nur nutzbar, wenn genügend Ausweichflächen vorhanden sind. Diese wurden bei der Verkehrsschau kritisch und von allen Seiten hinsichtlich der Sichtverhältnisse, insbesondere betreffend der Einsehbarkeit bei Kurvenlage und des Platzbedarfes begutachtet.“ erläutert die Wahlkreisabgeordnete Emine Demirbükten-Wegner (CDU) den Entschei-

dungsprozeß. Dabei kam man geschlossen zu der Meinung, eine Erweiterung der Ausweichflächen an den zwei für den ÖPNV gefährlichsten Stellen vorzunehmen.

Diese Stellen sind:

- Humboldtstr. an der LSA 08098 (Ampelstandort) in Höhe der Hausnummern 94 – 95e (Höhe Till-Eulenspiegel Grundschule) und
- Humboldtstr. in Höhe des Lichtmastes Nr. 60 (Höhe Friedhof)

„Mit den verkehrsrechtlichen Anordnungen zur Erweiterung der Halteverbote an den beiden Stellen wird sichergestellt, dass der Betrieb der BVG Buslinie 122 weiterhin gefahrlos möglich ist. Die Nutzerinnen und Nutzer dieser Buslinie kommen nun pünktlich und verlässlich zu ihren Ankunfts- und Umsteigezielen. Der breite, überwiegend unbefestigte Parkstreifen auf der nordöstlichen Seite der Humboldtstraße bleibt aus Rücksicht auf die Anwohnerinnen und Anwohner unangetastet. Und für die Friedhofsbesucher ist tagsüber genügend freier Parkraum vorhanden.“ sagt Demirbükten-Wegner





KaBoN: Wie weiter mit dem Wohnungsbau? – SPD & FDP wollen davon nichts wissen!

Die Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf hat auf ihrer Sitzung am 12.08.2020 beschlossen (Drucksache 2266/XX), in der Forderung nach mehr Wohnungsbau und sozialer Infrastruktur auf dem Gelände der ehem. „Karl-Bonhoeffer-Nervenheilstätte“ nicht nachzulassen. Wörtlich heißt es:

„Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich gegenüber dem Senat für eine umfassende Bürgerbeteiligung an der Zukunftsplanung des Geländes der früheren Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik (KaBoN) einzusetzen.“

Die Anwohner und Nutzer des KaBoN-Geländes sollen nicht nur durch das BENN-Team und nach Entscheidungen des Senats informiert werden, sondern dialog- und ergebnisoffen in den weiteren Prozess eingebunden werden.

Bei entsprechenden Veranstaltungsformaten des Senats sollen insbesondere folgende Fragen mit den Bürgern diskutiert und gemeinsam beantwortet werden:

1. Wann, in welchem Umfang und an wen erfolgt der Verkauf des KaBoN-Geländes?
2. Wann, in welchem Umfang und durch wen erfolgt der Bau bezahlbarer Wohnungen? Für welche Zielgruppe sollen die Wohnungen angeboten werden?
3. Wie wird eine ausreichende soziale Infrastruktur, insbesondere mit Blick auf Schul- und Kitaplätze sowie Sportangebote und Seniorenarbeit, sichergestellt? Wie wird der steigende Bedarf durch die Nutzung bestehender Einrichtungen auf dem KaBoN-Gelände oder durch Neubau gedeckt?
4. Wie viele und welche Bäume werden, unter anderem infolge der Fällungen, (nach-)gepflanzt?
5. Wie wird der Erhalt der natürlichen Vielfalt, insbesondere der Schutz der bislang nicht terrestrisch kartierten Biotope, si-

chergestellt?

6. Aus welchen Mitteln, mit welchen Kooperationspartnern und wann wird der Gedenkort Alter Anstaltsfriedhof geschaffen?
7. Wie wird zügig Planungssicherheit hergestellt, damit die Hippotherapie zeitnah Investitionen in dringend notwendige bauliche Maßnahmen vornehmen kann?
8. Wie werden die bestehenden Einrichtungen bis zum Verkauf des KaBoN-Geländes vor Vandalismus geschützt? Welche Maßnahmen werden für mehr Sauberkeit und Ordnung auf dem Grundstück ergriffen?“

Der Beschluss kam gegen die Stimmen der SPD- und FDP-Fraktion zustande. Dazu der stv. CDU-Fraktionschef und Wittenauer Bezirksverordnete Björn Wohler: „Zu dieser Sturheit beider Fraktionen fällt mir nichts mehr ein. Seit nunmehr mehr als zwei Jahren kämpfen wir für mehr Wohnungsbau auf dem KaBoN-Gelände. Stattdessen erweitert der rot-rot-grüne Senat das Ankunftscenter und schafft mit der Ausdehnung der Flüchtlingsunterkünfte auf dem Gelände weitere Fakten.“ Die Wahlkreisabgeordnete Emine Demirbügen-Wegner (CDU) kann nur den Kopf schütteln: „Wir wollen ja nicht Wohnungsbau um jeden Preis. Vielmehr geht es uns um eine breite Bürgerbeteiligung bei der Planung und Schaffung von Wohnungen. Schließlich muss das Projekt in den Ortsteil passen. Und dazu wollen wir die Meinungen der Menschen drumherum erfahren.“ Demirbügen-Wegner kündigte nach dem Beschluss an, nun auch im Berliner Abgeordnetenhaus initiativ zu werden. „Wir sind gespannt, wie sich der Senat auch hier wieder rauswindet. Bürgerpartizipation ist in Sachen KaBoN nicht die Lieblingssache der SPD-geführten Regierung.“ mutmaßen Demirbügen-Wegner und Wohler.



AVA 99/100:

Secondhand-Kaufhaus und Nachhaltigkeits-Zentrum



Die Berliner Stadtreinigung (BSR) hat am Samstag in der Auguste-Viktoria-Allee 99/100 in Reinickendorf-West ihr neues Gebrauchtwarenkaufhaus „NochMall“ eröffnet. In der „NochMall“ werden gut erhaltene Gegenstände verkauft, die auf diese Weise ein zweites Leben bekommen, d.h. „nochmal(l)“ verwendet werden. Das Secondhand-Kaufhaus folgt damit entsprechenden „Mustern“ bspw. aus Hamburg. Unter dem Motto „Re-Use statt Wegwerfen“ leistet die BSR somit einen wichtigen Beitrag für eine „Zero-Waste-Stadt“ Berlin. Nach der feierlichen Eröffnung durch Umweltstaatssekretär Stefan Tidow, Bezirksbürgermeister Frank Balzer und die BSR-Vorstandsvorsitzende Stephanie Otto, gingen die ersten Besucherinnen und Besucher wie bspw. die Wahlkreisabgeordnete Emine Demirbükten-Wegner in der „NochMall“ auf Entdeckungstour. Die dort angebotenen Gebrauchtwaren werden derzeit auf den Recyclinghöfen Hegauer Weg und Lengeder Straße gesammelt oder von Bürgerinnen und Bürgern direkt in der „NochMall“ abgegeben. Demirbükten-Wegner brachte als

„Eröffnungsgeschenk“ ungebrauchtes Kinder spielzeug und Sportschuhe mit und übergab dies der Betriebsleiterin **Melanie Gille**. Gille und **Frieder Söling** als Geschäftsführer präsentieren mit ihren rd. 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf ca. 2.000 qm Verkaufsfläche ein umfangreiches Angebot. Das Sortiment der „NochMall“ umfasst derzeit in zehn Warengruppen rund 15.000 Artikel – z.B. Möbel, Kleidung, Elektrogeräte, Haushaltswaren, Spielzeug und Bücher und vieles mehr. Die „NochMall GmbH“ ist eine 100-prozentige Tochter der BSR und soll im Endstadium knapp 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Ihr Standort ist das Gelände eines ehemaligen Baumarkts auf dem Viktoriahof in Reinickendorf. Das Geschäftsmodell der „NochMall“ ist nicht gewinnorientiert. Es sollen lediglich die Kosten für den Betrieb des Kaufhauses gedeckt werden.

Die BSR-„NochMall“ möchte jedoch mehr sein als nur ein weiteres Kaufhaus für Gebrauchtwaren. Das Kaufhaus soll vielmehr die Aufmerksamkeit auf alle Angebote für nachhaltigen Konsum unterstützen. BSR-Chefin **Stephanie Otto**: „Die ‚NochMall‘ soll zu einem Erlebnisort für Nachhaltigkeit werden. Neben dem Stöbern und Entdecken von gutem Gebrauchten, werden wir hier auch Repair-Cafés und Upcycling-Workshops durchführen. Außerdem soll es Diskussionsveranstaltungen zum Thema Wiederverwendung und Pop-Up-Stores für nachhaltige Produkte geben. Unsere ‚NochMall‘ ist also nicht nur ein neues Secondhand-Kaufhaus, sondern innovative Plattform für Re-Use und Nachhaltigkeit.“

Stefan Tidow, Staatssekretär für Umwelt und Klimaschutz: „Das soll zum neuen normalen Einkaufserlebnis werden: Erstmal in der ‚NochMall‘ oder einem anderen Gebrauchtwarenkaufhaus stöbern, ob man hier nicht fündig wird für seine Neuanschaffung. Wer so einkauft und Dingen ein zweites Le-



ben schenkt, trägt zum Ressourcenschutz und zur Abfallvermeidung bei. Gebrauchtwarenkaufhäuser erweitern die Angebotspalette nachhaltig und sollten zu Orten werden, in denen ein neues Konsumverhalten ausprobiert und kreativ weiterentwickelt wird. Unsere Re-Use-Initiative und das Leitbild einer abfallarmen Stadt werden hier sehr konkret und zum umweltfreundlichen Shopperlebnis.“

Reinickendorfs Bezirksbürgermeister **Frank Balzer** (CDU): „Ich freue mich sehr, dass die BSR gerade Reinickendorf als Standort gewählt hat. Dies ergänzt hervorragend die großen Anstrengungen unseres Bezirks, im täglichen Leben nachhaltig zu wirken. Ich erinnere daran, dass das Bezirksamt nur noch Veranstaltungen genehmigt, die auf Einweg-Plastikgeschirr verzichten, oder an unseren Kooperationsvertrag mit den Stadtwerken für großflächige Photovoltaik-Anlagen auf drei Reinickendorfer Schulgebäuden. Ich wünsche dem ‚NochMall‘-Projekt viel Erfolg und viele zufriedene Kunden.“

Emine Demirbüken-Wegner traf in der „NochMall“ auf gute Bekannte. „Der eine oder andere ehemalige Mitarbeiter aus dem hiesigen Einzelhandel hat hier eine neue Arbeitsstelle gefunden. Mit der ‚NochMall‘ hat Reinickendorf-West ein exzellentes Nachhaltigkeitszentrum bekommen. In der aktuellen ‚Corona-Zeit‘ ist dies ein ermutigendes Zeichen.“ Auch auf einen politischen Mitstreiter traf die Abgeordnete. Der Bezirksverordnete und Inhaber des „Kastanienwäldchens“ in der Residenzstrasse, Norbert Raeder, hat die Cafeteria gepachtet. „Ich engagiere mich ja vielfältig im Sozialbereich hier in Reinickendorf. Als ich von der Idee der ‚NochMall‘ hörte, war für mich klar, mich einzubringen. Das dies geklappt hat, freut mich deshalb umso mehr! Im Durchschnitt liegen pro privaten Haushalt gut 1.000 Euro an nicht genutzten Gegenständen herum. Dieses Secondhand-Kaufhaus bietet eine große Chance, diese Werte den Benachteiligten in unserer Gesellschaft zuteil werden zu lassen.“





Bezirksbürgermeister Balzer: Jugendtreff „Cafe LAIV“ soll Neubau bekommen

Das in der Auguste-Viktoria-Allee (AVA) gelegene ‚Cafe LAIV‘ soll laut Bezirksbürgermeister Frank Balzer (CDU) im Rahmen des Landesprogramms „Soziale Infrastrukturmaßnahmen in sozial benachteiligten Quartieren“ einen Ersatz-Neubau erhalten. Dies teilte Balzer der Reinickendorfer Bezirksverordnetenversammlung am 13. Juli 2020 schriftlich mit (Drucksache 2649/XX-01). Weiterhin in Planung sind auch Beschlüsse zum ebenfalls in der AVA befindlichen Frauen- und Mädchentreff der Albatros gGmbH. Balzer wörtlich: „Zudem wurden Anträge ... von Albatros gGmbH für die bauliche Erweiterung des Frauen- und Mädchentreffs in der Auguste-Viktoria-Allee eingereicht. Für diese Anträge bedarf es noch entsprechender Beschlüsse des Bezirksamtes. ... Die Reinickendorfer QM-Teams wurden über die Ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere informiert. Das Projekt des Jugend- und Familienzentrums wurde

im Rahmen des Quartiersmanagementgebietes Auguste-Viktoria-Allee vorbereitet und beworben. Die Bevölkerung wurde entsprechend beteiligt. Die Maßnahme steht sowohl im Einklang mit den Zielen des Quartiersmanagements als auch mit den Zielen des Stadtumbaus.“

Die Wahlkreisabgeordnete und Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Bildung, Jugend und Familie, Emine Demirbüken-Wegner (CDU), ist darüber sehr erfreut: „Beide Einrichtungen machen seit Jahrzehnten eine hervorragende Jugendsozialarbeit im Ortsteil. Das im April 2016 eingerichtete Quartiersmanagement fand damit eine exzellente Grundlage vor, um seine ergänzende Arbeit aufnehmen zu können. Es freut mich, dass LAIV wie Albatros in Zusammenwirken mit dem Bezirksbürgermeister ihre ‚operative Basis‘ in hoffentlich absehbarer Zeit verbreitern und damit optimieren können. Dies ist ein schöner Beweis dafür, wie das Bezirksamt sich nachhaltig im Ortsteil engagiert!“

